

Warnung vor gesundheitspolitischer Hektik

Vor Hektik in der Gesundheitspolitik warnte der gesundheitspolitische Sprecher der CSU im Bundestag, Dr. Kurt Faltlhauser, in einer Pressekonferenz in München anlässlich der Generalversammlung des gesundheitspolitischen Arbeitskreises der Christlich Sozialen Union Ende März: „Wir dürfen keine Stofftierchenaktivität entwickeln!“ Faltlhauser sieht einen Soforthandlungsbedarf, der auf das Minimum des Erforderlichen beschränkt und bis Anfang 1984 erledigt sein sollte, sowie die Notwendigkeit, sofort mit der Programmierung dessen zu beginnen, was in der gesamten Legislaturperiode bewältigt werden sollte.

Kurzfristig sollte, so Faltlhauser, die „Konzertierte Aktion“ aus einem Forum der Exekutive zu dem gemacht werden, was sie nach Ansicht ihres „Erfinders“, der CSU, eigentlich sein sollte: Ein partnerschaftlich und solidarisch frei handelndes Gremium der Selbstverwaltungen. Selbstbindungen, die in der Konzertierten Aktion verabredet werden, dürften aber nicht zu Dauereinrichtungen werden.

Zur gerade abgelaufenen Sitzung der Konzertierten Aktion erklärte Faltlhauser, ein von der pharmazeutischen Industrie angemeldeter „Nachholbedarf“ könne von den Politikern nicht akzeptiert werden – „wer heute nachholt, hat vorher kein richtiges Opfer gebracht.“

Hauptproblem der Legislaturperiode ist nach Faltlhausers Ansicht die Reform der Krankenhausfinanzierung. Die Mischfinanzierung durch Bund und Länder müsse dabei beseitigt werden. Die Einführung einer Pflegeversicherung lehnt Faltlhauser ab; die erforderlichen Leistungen sollten schrittweise in den Aufgabenkatalog der

gesetzlichen Krankenversicherung eingebracht werden, was durch Abbau überflüssiger und kostspieliger Pflegeleistungen in den Akutkrankenhäusern möglich gemacht werden muß.

Auch bei der Direktbeteiligung der Versicherten warnte Faltlhauser vor Hektik – und dies gelte ebenfalls bei der eventuellen Abschaffung jetzt umstrittener Beteiligungen (Kuren, Krankenhaus, Negativliste).

Er wies darauf hin, daß es bisher Direktbeteiligungen zwar im stationären und im Arzneimittel-, nicht aber im ambulanten Bereich gebe; zu überlegen sei deshalb die Einführung einer sozial gestaffelten Krankenscheingebühr als Direktbeteiligung bei der ambulanten Versorgung. Als mögliche Sparmaßnahmen sieht Faltlhauser vor allem die Ausräumung von Mißbrauchsmöglichkeiten. So möchte er die Vorversicherungszeit für die Berechtigung zur freiwilligen Weiterversicherung verlängern und außerdem auch Wartezeiten für kostspieligen Zahnersatz einführen.

Was die fachfremden Leistungen der Krankenkassen angeht, so sollte man hinsichtlich der Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes abwarten; Faltlhauser erwartet jedoch, daß sein Parteifreund, der Bundesinnenminister Zimmermann, noch in der Jahresmitte im Beamtenrecht die Beihilfefähigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen aus sozialer Indikation beseitigt.

Dr. Kurt Faltlhauser machte auch eine persönliche Ankündigung: Er will in den Bundesministerien für Gesundheit sowie für Arbeit und Sozialordnung sämtliche dort laufenden oder von dort finanzierten Forschungsvorhaben Projekt für Projekt durchprüfen und sich dafür einsetzen, daß überflüssige oder ideologisch-politisch begründete Projekte eingestellt werden. bt

Vertreterversammlung der KBV in Kassel mit Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, wird vor der bevorstehenden Vertreterversammlung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) ein Referat über „Die neue Sozial- und Gesundheitspolitik“ halten.

Die Sitzung – die sechste der 7. Wahlperiode – ist wie üblich für den Beginn der Ärztetagswoche anberaumt worden, und zwar für Montag, den 9. Mai 1983, in der Stadthalle Kassel.

Zu Beginn der Sitzung (10 Uhr) spricht der Erste Vorsitzende der KBV, Dr. Hans Wolf Mutschallik, über „Aktuelle Probleme der Kassenärzteschaft“. Beide Referate sollen anschließend diskutiert werden.

Im weiteren Verlauf der Arbeitssitzung soll am Nachmittag das Thema „Auswirkungen einer Überzahl von Ärzten auf die kassenärztliche Versorgung“ diskutiert werden.

Der Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Eckart Fiedler, wird in das Thema einführen. Es folgen Referate über „Qualität der medizinischen Ausbildung“ von Professor Dr. Helmut Valentin, Erlangen, Vorsitzender des Medizinischen Fakultätentages; über „Kassenärztliche Bedarfsplanung“ vom Justitiar der KBV, Dr. Jürgen Bösch; und über „Maßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigungen“ von Dr. Ernst-Eberhard Weinhold, Mitglied des Vorstandes der KBV und Vorsitzender der KV Niedersachsen. Auch an diese Referate soll sich eine Aussprache anschließen. EB